



Abschlussdiskussion:

Was tun angesichts von Militarisierung, Sozialabbau und Manipulation der öffentlichen Meinung?

Jürgen Reuter:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin hier als Vertreter der GEW, Kreisvorstand Braunschweig, und gleichzeitig als Vorstandsmitglied beim DGB im Stadtverband. Wir möchten aber gleich zum Thema kommen. Dazu haben wir drei Menschen eingeladen als Vertreterinnen und Vertreter der Themenbereiche, die wir ansprechen wollen, Leonie Bartsch, Co-Vorsitzende der Partei Die Linke in Braunschweig, Marco Frank vom Refugium e.V. und Mika Malak von der SDAJ, Komitee Schulstreik gegen Wehrpflicht. Sie stellen sich selbst gleich noch näher vor.

„Was tun angesichts von Militarisierung, Sozialabbau und Manipulation der öffentlichen Meinung?“ Hierzu eine kurze Einführung: Die Jugendlichen in Deutschland, das sind die 12-25jährigen, sind letztes Jahr in der [Shell-Studie](#) befragt worden. Eine deutliche Mehrheit hat Angst vor einem Krieg in Europa. Für rund 81% ist dies die größte Sorge. 2019 waren es noch 46%, das heißt, wir haben hier eine Zunahme von 35%. Auf Platz 2 liegt mit 67% und einer Zunahme um 15% zu 2019 die Angst vor Armut. Die Angst oder Sorge vor der Umweltverschmutzung ist um 7% leicht gesunken. Was aber um 8% zugenommen hat ist die Angst vor einer wachsenden Feindseligkeit zwischen den Menschen, die man vielleicht auch als Verrohung bezeichnen kann. Das hängt nach meiner Einschätzung auch mit der Militarisierung zusammen. Bestimmte Dinge werden einfach mit Befehl und Gehorsam durchgesetzt und nicht mehr demokratisch diskutiert.

In der Tagesschau vom 15.10.24 wurde Mathias Albert als Mitautor der Studie interviewt. Zu dem Vorurteil, junge Menschen würden sich nicht für Politik interessieren, sagte er, dass wir im Gegenteil eine breite Politisierung sehen würden. Es sei ein langfristiger Trend, dass das politische Interesse der Jugendlichen zunimmt. Erstmals zeigten sich genauso viele weibliche Jugendliche politisch interessiert wie männliche. Wir könnten also auf breiter Front einen Politisierungstrend beobachten. Dazu, wie sich das auch im Bundestagswahlkampf ausgedrückt hat und wie die Partei Die Linke mit diesem Trend umgeht, wird Leonie jetzt einiges sagen.

Leonie Bartsch:

Vielen Dank. Ich bin 29 Jahre alt und zusammen mit Anke Schneider Vorsitzende der Linken in Braunschweig. In unserer Partei sehen wir die beschriebene Politisierung der Menschen sehr stark. In Braunschweig haben wir uns bis heute von 150 auf fast 600 Mitglieder vergrößert. Die Bundespartei hat auch einen starken Zuwachs von ca. 50.000 auf fast 100.000 Menschen erfahren. Das ist beeindruckend, aber natürlich auch eine Herausforderung und spricht auch dafür, dass die Gesellschaft bewegt ist. Auf unseren Neumitglieder-Treffen und bei unseren Parteiveranstaltungen haben wir immer wieder Leute, die extremst verzweifelt sind, die sich machtlos fühlen. Wir fragen uns natürlich, was wir dagegen tun können. Und ich glaube, das Problem ist, dass es darauf keine einfache Antwort gibt. Wir versuchen es, indem wir die Menschen ein wenig stärken und einfach auch zu den Leuten hingehen. In den Wahlkämpfen haben wir sehr viele Haustürgespräche geführt. Was wir versuchen, ist die Leute mitzunehmen, sie abzuholen, wo sie sind, ihnen zuzuhören und zu versuchen, zusammen mit ihnen ihre Probleme zu lösen. Die Themen, die die Menschen bewegen, das sind die Mieten, die Heizkosten, das sind erhöhte

Lebensmittelpreise. Alles Dinge, die vor allem die Klasse der Arbeiter:innen bewegen. Genau da müssen wir ansetzen. Und das machen wir zum Beispiel mit der *Küfa*, einer Küche für alle, um zusammen gegen die Vereinsamung und gegen die Frustration anzukämpfen, ein Gemeinschaftsgefühl zu schaffen und Dinge mit den Menschen gemeinsam zu bewegen. Wir haben außerdem eine Gruppe mit dem Namen „Rote Weststadt“, die regelmäßig Infoveranstaltungen macht und Haustürgespräche in der Weststadt und auch in anderen Bereichen führt.

Jürgen Reuter:

Vielen Dank, Leonie. Darf ich das so zusammenfassen: beides ernstnehmen, sowohl die Ängste als auch den Optimismus, die Menschen stärken, Klarheit schaffen durch wissenschaftlich belegte Erkenntnisse und gemeinsam durch politische Aktionen Verbesserungen durchsetzen? Auch um die Ängste, die ich genannt habe, wirksam zu bekämpfen. Ich möchte dazu ergänzen, dass wer sich nicht wehrt, auch krank wird. Die Haupttodesursache bei Jugendlichen ist der Suizid. Das finde ich dramatisch.

Marco, du kommst vom *Refugium* Braunschweig. Kriege und Klimaveränderungen sind die wesentlichen Fluchtursachen im Moment. Integration gelingt nach meiner Auffassung nur dann, wenn die Menschenrechte auch angewendet werden. In Deutschland werden die aber sehr selektiv ausgelegt, und zwar allenfalls die Menschenrechte, die als Grundrechte der Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Pressefreiheit existieren. Die sieben Artikel der Menschenrechtskonvention, die die soziale Situation betreffen, fallen meistens unter den Tisch. Und gerade die ist prekär für die Geflüchteten, die wir hier integrieren wollen. Ich nenne einige Bereiche dieser universellen Rechte: nach Art. 22 das Recht auf soziale Sicherheit, Art. 23 mit dem Recht auf Arbeit und gleichen Lohn für gleiche Arbeit, weiterhin das Recht auf Bildung und kulturelle Teilhabe nach Art. 26 und 27 und schließlich der Anspruch an eine internationale Ordnung, in der die Rechte und Freiheiten dieser Erklärung voll verwirklicht werden können. Diese Rechte gelten für alle Menschen, egal wo sie sind, also auch für die Geflüchteten, die zu uns kommen. Aber es sind Rechte, die wir hier noch erkämpfen müssen. Sag bitte etwas dazu, wie Ihr damit umgeht.

Marco Frank:

Ich stelle mich kurz vor und erkläre dann, was das [Refugium](#) ist. Ich habe soziale Arbeit an der [Alice Salomon-Hochschule Berlin](#) studiert. Die Alice Salomon Hochschule ist eine Hochschule mit einem Profil, in dem soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession verstanden wird. Das ist die Tradition, die mich und die uns auch im *Refugium* prägt. Das *Refugium* ist ein unabhängiger Verein, 1986 im Rahmen einer lokalen Initiative in Braunschweig gegründet, um Menschen zu unterstützen, die damals in der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAST) untergebracht waren. Heute befindet sich diese Stelle in der Böselagerstraße, bekannt unter dem Namen LAB - Landesaufnahmebehörde. Und damals wie heute - und heute umso mehr - kümmern wir uns darum, geflüchtete Menschen und Menschen mit einer Migrationsbiografie zu unterstützen. Insbesondere, was die Behördensachen, gesetzlichen Belange und so weiter angeht, eben weil die damals schon schlecht waren und heute noch schlechter sind. Wir helfen ihnen, sich da durchzuwinden, beraten sie über ihre Rechte und dazu, wie man mit dem Ganzen umgehen kann.

Als Verein sind wir für unsere Arbeit tatsächlich auch auf staatliche Gelder angewiesen. Das bedeutet, dass wir ein Stück weit schauen müssen, wie wir die Arbeit mit unserer Haltung verwirklichen können, ohne gleichzeitig unter Druck zu geraten. Das ist in der

Vergangenheit stärker passiert, gerade wenn wir versucht haben, uns zu öffentlichen Themen wie der Bezahlkarte zu äußern. Wir unterliegen dem Zuwendungsrecht, und der Zuwendungsgeber kann die Mittel verweigern, wenn wir Dinge tun, die er nicht möchte.

Das leitet mich über zu der Frage, was wir in diesem Feld eigentlich tun. Der Begriff „Stellungskrieg“ im gramscianischen Sinne beschreibt das ganz gut. Wir kämpfen aktuell darum, Strukturen überhaupt zu erhalten. Es ist allein schon eine Herausforderung, unsere genuine Aufgabe, nämlich geflüchtete Menschen mit möglichst bester Beratung zu unterstützen, auf dem derzeitigen Niveau zu erhalten.

Dass mit dem Thema Migration gerade sehr viel Wind gemacht wird, ist offensichtlich. Und es scheint, dass sich insbesondere die CDU hier in Braunschweig, aber auch darüber hinaus, die AfD sowieso, die Strategie der USA zunutze gemacht hat. Die besteht darin, möglichst viel Quatsch rauszuschießen, mit dem man sich irgendwie beschäftigen muss: hier eine Bezahlkarte, da die Arbeitspflicht und dann, dass die Migranten an allem schuld sind. Es ist dann wichtig zu gucken, dass man nicht über jedes Stöckchen springt, das einem hingeworfen wird, mit der Gefahr, dass man die eigentliche Arbeit aus dem Blick verliert. Wir versuchen, unseren Fokus auf die Dinge zu bewahren, die jetzt elementar wichtig sind. Und das heißt, die Menschen zu schützen, die zu uns in die Beratung kommen, weil das Thema Sozialabbau an ganz vielen Stellen stattfindet. Wir sind überhaupt nicht mehr an dem Punkt Rechte zu erkämpfen, sondern zu schauen, wie man das, was noch da ist, irgendwie bewahren kann.

Um ein Beispiel aus der Praxis zu geben, wie so eine Abwehr aussehen kann: Für geflüchtete Menschen greift, insbesondere wenn sie sich im Asylverfahren befinden, das sogenannte Asylbewerberleistungsgesetz. Das ist ein Gesetz aus den 90er Jahren, das man Neonazis zu verdanken hat. Die hatten damals Geflüchteten-Wohnheime angezündet. Daraufhin gab es den Kompromiss zwischen SPD und CDU, das Bundessozialhilfegesetz zu ändern und den Asylbewerberbereich auszugliedern. Den hat man 1993 in ein eigenes Gesetz gegossen (in dem übrigens noch bis 2010 oder 2012 D-Mark-Preise standen). 2012 gab es dann, Gott sei Dank, ein Urteil vom Bundesverfassungsgericht, das besagte, dass das, was in diesem Gesetz steht, nicht mit der Menschenwürde vereinbar ist. Es gab den Verweis auf die Menschenwürde in Artikel 1 GG, die ja für alle Menschen gilt. Diesen Kampf müssen wir heute immer noch führen, denn die Änderungen dieses Gesetzes in den letzten Jahren führten in der Regel leider immer zum Schlechteren.

Ein weiteres Beispiel betrifft die Menschen, die, weil es keine sicheren Fluchtwege gibt, über Griechenland nach Deutschland kommen. Wenn diese Leute in Griechenland registriert sind, müssen ihre Asylanträge dort bearbeitet werden. Teilweise bekommen sie dann sogar Asyl. Das Problem ist aber, dass die Lebensbedingungen dort vor Ort selbst mit einer Anerkennung einfach miserabel sind. Auch dort wurden soziale Systeme abgebaut, die Menschen leben auf den Straßen und so weiter. Ergo kommen die Menschen nach Deutschland und versuchen hier einen Schutzstatus zu bekommen. Daraufhin wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen des Asylverfahrens festgestellt, dass ja bereits ein Schutzstatus besteht, und der Antrag abgelehnt. Aufgrund des Asylbewerberleistungsgesetzes werden dann die Sozialleistungen auf Null gekürzt. Man muss sich klar machen, was das bedeutet: keine Gutscheine, keine Unterkunft mehr, viel Spaß auf der Straße! Und die griechischen Behörden nehmen die Leute gar nicht so leicht zurück. Wir hatten diese Fälle in der Praxis.

Nun kann man sich fragen, wie so etwas Gesetz sein kann. Aber hineinschreiben kann man es ja erst einmal; bis es wieder gekippt wird, dauert es halt. Es gibt mittlerweile über 40 Urteile auf, der untersten Ebene der Sozialgerichte, die besagen, dass man das so nicht machen kann. Das reicht aber leider nicht, um so ein Gesetz zu ändern. In einem kurz zurückliegenden Fall brauchte es viel Aufwand und Kraft, die Sache auf die zweite Ebene zu bringen, weil das Sozialgericht in Braunschweig das Vorgehen noch irgendwie okay fand. Erst das Landessozialgericht hat dann anders entschieden. Der Mensch wurde wieder untergebracht und hat wieder seine Leistungen bekommen.

Personen in dieser Form zu unterstützen erfordert einen ziemlichen Aufwand. Aber das ist die Ebene, auf der Einrichtungen wie unsere jetzt versuchen zu kämpfen. Zum einen zeigt das, dass man doch etwas erreichen kann und zum anderen, dass z.B. rechtliche Regelungen nicht einfach missachtet werden können. Diese elementaren Menschenrechte verteidigen wir. Auf die Menschenwürde pochen wir. Diesen Ansatz fahren wir, solange man uns lässt.

Jürgen Reuter:

Vielen Dank, Marco. Die sozialen Rechte verteidigen in der Defensive, darum geht es also bei euch zurzeit.

Mika, Ihr seid auf dem Weg in die Offensive zu kommen, oder? Im Februar 2022 forderte die Bundesbildungsministerin, noch vor der Zeit der Ampelkoalition, Schulen sollten vermehrt Jugendoffiziere zulassen oder einladen, um – Zitat: „den Kindern den Krieg und die deutsche Sicherheitspolitik zu erläutern“. Mit Zivilschutzübungen sollte ein „unverkrampftes Verhältnis zur Bundeswehr“ entwickelt werden. Hochschulen sollen der Militärforschung dienen und keine Zivilklauseln mehr haben. Durchgesetzt wird das im Moment von 87 Jugendoffizieren. 164.501 Schülerinnen und Schüler sowie Studierende sind im letzten Jahr erreicht worden. Außerdem wurden über 36.000 Multiplikatoren neu gewonnen, im Wesentlichen Lehrkräfte, aber auch Beschäftigte aus dem zivilen Bereich. Hinzu kommen mehrere Hundert Karriereberaterinnen und -berater für die Werbung bzw. Anwerbung für die Bundeswehr, für die speziell die Abschlussklassen geöffnet werden sollen.

Wir als Gewerkschaft sind der Meinung, dass die politische Bildung nicht in die Hände von Offizieren gehört, sondern in die Hände dafür ausgebildeter Lehrkräfte. Deswegen versuchen wir, dagegen anzugehen. Ich habe jetzt beim Verteilen von Material für den Schulstreik im Schulzentrum Heidelberg mit der verantwortlichen Schulleiterin gesprochen. Sie hat sich lobend über die vielen Jugendoffiziere in ihrer Schule geäußert. Daraufhin haben wir gefragt, ob von der Friedensbewegung auch jemand dagewesen sei. Sie sagte, sie würden ja gerne jemanden einladen, aber sie wüssten nicht, wen man einladen könnte. Das Friedenszentrum oder das Friedensbündnis sind für sie offenbar nicht existent. Die einzuladen wäre eine Möglichkeit, um dem Beutelsbacher Konsens wenigstens ein bisschen gerecht zu werden. Besser wäre es natürlich, in den Schulen Beschlüsse zu fassen, die Jugendoffiziere in der Schule nicht zulassen.

Ein anderer Bereich, der von uns als GEW stark kritisiert wird, ist die Rekrutierung von Minderjährigen. Diese findet weltweit nur in 46 Ländern statt. Dazu muss ausgerechnet wieder Deutschland gehören. 151 Länder lehnen so etwas grundsätzlich ab. Rekrutierung von Minderjährigen heißt, 16jährige werden an der Waffe ausgebildet, mit Erlaubnis der Eltern, weil sie ja noch nicht mündig sind. Das verstößt gegen die Kinderrechte der Vereinten Nationen, und der Kinderrechtsausschuss in der Bundesrepublik macht jedes Jahr

wieder auf dieses Verbot aufmerksam. Das interessiert die Regierung aber offensichtlich nicht, egal von wem sie gerade geführt wird.

Gibt es jetzt durch das neue Wehrpflichtgesetz eine Lösung, um die Kriegstüchtigkeit durchzusetzen, Mika?

Mika Malak:

Vielleicht erst einmal kurz zu mir. Ich bin 22 Jahre alt und bin in der bundesweiten Streikvernetzung zu den Schulstreiks am 5.12. aktiv und bei der SDAJ organisiert.

Was du gerade beschrieben hast, deckt sich eins zu eins mit unseren Beobachtungen, die wir überall in Deutschland machen. Es melden sich Schüler:innen aus fast allen Städten in diesem Land und fragen uns, was sie tun können. Sie wollen nicht in den Krieg, sie wollen nicht, dass Jugendoffiziere alle paar Wochen in ihre Schule kommen und irgendwelche Infoveranstaltungen veranstalten. Dagegen versuchen wir die Schulstreiks zu setzen. Nun muss man sehen, dass die Bundeswehr aktuell noch gar nicht darauf ausgelegt ist, eine vollwertige Wehrpflicht wieder einzuführen, in der ganze Generationen eingezogen werden. Aber es werden die Grundsteine dafür gelegt, das in Zukunft zu tun. Und damit sind viele nicht einverstanden. Ungefähr 80 Prozent der Schülerinnen, mit denen wir reden, lehnen das grundsätzlich ab.

Wir versuchen, diesen Kampf zu führen und gerade auch Jugendliche, die sich abgehängt fühlen, wie wir das vorhin gehört haben, einzufangen. Gemeinsame Aktionen, in denen erlebbar wird, dass man gemeinsam etwas erreichen kann und dass man gemeinsam den Schulraum umgestalten kann, dass man wirklich etwas bewirken und sein Leben einfach besser machen kann. Und das funktioniert auch sehr gut. In Göttingen zum Beispiel, ein Vorzeigebeispiel, finden sie für die Streikvorbereitungen keine Räumlichkeiten mehr, weil sich so viele Schüler:innen melden und mitgestalten wollen. Die Kirchen werden zu klein für das, was da gemacht werden will. Und wir sehen eine große Eigeninitiative der Schüler:innen, sich daran zu beteiligen. Hier in Braunschweig arbeiten wir mit mehreren Organisationen wie den Falken, Solid, FfF und auch vielen unorganisierten Schülern zusammen. Wir wollen die Schülerinnen und Schüler in eine stetige Beteiligung bringen. Wir wollen, dass sich die Kampagne zu einer konstanten Bewegung entwickelt, die hoffentlich über Monate und Jahre hinweg kämpft und sich entwickelt und die Werkzeuge entwickelt, das weiterzuführen.

Wir sind mittlerweile in über 80 Städten in Deutschland mit Streikkomitees vertreten - und das noch vor der ersten Streikwelle. Ich denke, das ist ein Riesenerfolg. Wenn wir uns an die Schulstreiks 2008, 2011 zurückerinnern, war die Zahl der Teilnehmenden am Anfang mit ungefähr 20.000 Schüler:innen relativ klein. Jetzt sehen wir, dass das schon allein in Göttingen geknackt werden könnte. Und das erzeugt einfach Gänsehaut.

Jürgen Reuter:

Wir öffnen die Diskussion jetzt auch für das Publikum. Gibt es Fragen oder Beiträge zu den Redebeiträgen?

Frage:

Ich arbeite im Sprachcafé, wo sich viele geflüchtete Migrant:innen vernetzen. Mich interessiert, wie die Arbeit mit Geflüchteten hier in Braunschweig vernetzt ist.

Marco Frank:

Hier sind zwei Aspekte zu betrachten. Der erste betrifft die Organisation, der zweite die Finanzierung. Die AWO, die Caritas, die Diakonie, das DRK sind große Wohlfahrtsverbände, während das *Refugium* ein kleiner Verein ist. Weil wir aber eine ähnliche Zielgruppe haben, arbeiten wir nichtsdestotrotz eng zusammen. Die Unterscheidungen innerhalb der Zielgruppe orientieren sich an der Finanzierung, genauer gesagt an den jeweiligen Zuwendungsrichtlinien. Wir haben uns untereinander ein wenig spezialisiert. Der Jugendmigrationsdienst der Caritas z.B. setzt sich insbesondere für Integrationsangebote für Jugendliche von 14 – 27 Jahren ein. Bei der AWO, werden nach der [MBE](#), einer bundesgeförderten Richtlinie, neu zugewanderte Menschen gefördert, die unterhalb eines gewissen Sprachniveaus sind, aber einen relativ sicheren Aufenthaltstitel haben. Im *Refugium* haben wir einen sehr starken Fokus auf Menschen in sehr prekären Aufenthaltssituationen, bei denen also nicht sicher ist, dass sie hierbleiben dürfen. Wir arbeiten in verschiedenen Fachnetzwerken zusammen. Das Refugium hat z.B. die Federführung im [Kooperativen Migranten Netzwerk Braunschweig](#).

Frage:

Das Jugendbüro Braunschweig hatte am 12.11.25 zwei Jugendoffiziere eingeladen, um mit interessierter Jugend ab 14 Jahren ohne Eltern- und Erwachsenenbegleitung über die Wehrpflicht zu informieren und zu diskutieren. Obwohl die Jugendoffiziere nichts gegen unsere Anwesenheit hatten, wurde unsere Teilnahme als Friedensbewegung vom Vertreter der Stadt abgelehnt, mit der Begründung, dass es eine Veranstaltung nur für Jugendliche sei. Auch der Hinweis auf den Beutelsbacher Konsens half nicht weiter. Ich halte das Ganze für eine Herausforderung für die Friedensbewegung und für die Linke in Braunschweig. Mika, du durftest teilnehmen. Wie hast du das erlebt? Und Leonie, wie diskutiert Ihr diesen Fall in der Linkspartei?

Mika Malak:

An diesem Tag hatte sich das Friedensbündnis vor dem Jugendbüro getroffen. Wir von der SDAJ waren dort und auch die Falken. Der Stadtvertreter bestand darauf, dass nur Menschen teilnehmen sollten, die die Wehrpflicht direkt betrifft. Nach einigen Diskussionen konnte ich an dem Gespräch teilnehmen. Es war insgesamt eine kleine Runde von neun Leuten insgesamt. Die meisten Jugendlichen kamen von UNICEF, außerdem waren FSJler aus dem Jugendbüro dabei, also insgesamt eine kritische Runde, und die Jugendoffiziere hatten kein leichtes Spiel. Sie sind aber eben auch rhetorisch extrem gut geschult und wissen mit solchen Situationen umzugehen. Ich denke, das Gefährliche daran ist auch, dass es sich anfühlte wie ein normales Gespräch. Nach einer kleinen Vorstellungsrunde ging es zunächst um die Wehrpflicht und die Meinungen dazu. Anschließend wurde lange über die Bedrohungslüge zu Russland gesprochen. Als auf die [Greenpeace-Studie](#) zum Kräftevergleich Nato-Russland hingewiesen wurde, haben sie zu China gewechselt. China wurde als das undemokratischste System der Welt dargestellt, das sich gerade Afrika einverleiben möchte. Irgendwann wurde auch der Irak-Krieg angesprochen und damit zusammenhängend die westlichen Kapitalinteressen, in deren Namen millionenfach Menschen abgeschlachtet werden. Schließlich wurde die Frage gestellt, wie wir uns als ein Land, das sich mit den Menschenrechten identifiziert, in diesem Militärverbund sehen. Es gab noch viel Stoff, das Gespräch wurde dann vom Vertreter der Stadt abgebrochen, der selber aber gar nicht daran teilgenommen hatte.

Leonie Bartsch:

Als Linke haben wir von dieser Veranstaltung leider erst im Nachhinein erfahren. Vielleicht können wir da in Zukunft besser kooperieren. Es ist natürlich bizarr, dass Jugendoffiziere im Jugendbüro sitzen. Wir werden auf jeden Fall versuchen, parlamentarisch herauszufinden, wo die Bundeswehr in der Öffentlichkeit oder in den Schulen eingesetzt wird. Hierzu ist auch eine Kooperation mit den Schulen wichtig.

Jürgen Reuter:

Es gab eine offizielle Einladung von der Stadt, die an die Presse gegangen war. Auf dieser Grundlage haben wir versucht, mit den Falken und UNICEF etwas zu organisieren. Für uns als GEW war wichtig, dass die Stadt das Ganze als Bildungsveranstaltung eingeordnet hat. Daher gilt hier sofort der Beutelsbacher Konsens. Wenn niemand von der Friedensbewegung dabei ist, ist das illegal, denn es gilt das Überwältigungsverbot. Als Gewerkschaft müssen wir unsere Kolleginnen und Kollegen in den Schulen darüber informieren. Im [Jahresbericht der Bundeswehr 2024](#) werden die jungen Kolleginnen und Kollegen als Multiplikatoren gelobt, die ein fachlich orientiertes und wenig kritisches Verhältnis zur Bundeswehr hätten. Auf die müssen wir als Gewerkschaft gezielt zugehen und über unsere Vertrauensleute in den Schule Gegenwehr organisieren.

Frage:

Wie ist die Situation in den berufsbildenden Schulen? Hier sind ja junge Leute, bei denen sich für die Bundeswehr vergleichsweise gute Rekrutierungschancen ergeben. Und die Bundeswehr bietet im Vergleich zum Handwerk ein attraktives Gehalt und andere Vergünstigungen.

Mika Malak:

Die Berufsschulen fallen in unserer Bewegung sehr, sehr positiv auf, auch was die Streikvorbereitung angeht. An Gymnasien und generell an allgemeinbildenden Schulen ist die Lage ein wenig verwickelter. Es gibt sehr große Hemmungen wegen der Frage: dürfen wir das überhaupt? und Angst vor Repressionen. Das müssen wir ernst nehmen und über die rechtlichen Grundlagen aufklären und dazu ermutigen, sich für seine demokratischen Rechte einzusetzen, selbst wenn es vielleicht ein Schreiben an die Eltern gibt oder man mal eine Woche aussetzen muss.

Jürgen Reuter:

Ein Hinweis zu der Anzahl der Schüler:innen, die in den unterschiedlichen Schulformen 2024 erreicht worden sind: an den Berufsschulen 24.214, an Gymnasien im Jahrgang 13 über 24.000 und 16.000 und 15.000 in den Jahrgängen 10 und 11. Sie gehen herunter bis auf den 9. Jahrgang, weil ja manche auch hier schon ein Entlassungszeugnis haben wollen. Der Fokus liegt also stark auf den Entlassungsjahrgängen.

Beitrag:

Eine Empfehlung zur Stärkung der Schülerinnen und Schüler über die Kollegien: Der Beutelsbacher Konsens hat keine gesetzliche Grundlage, sondern stellt nur eine Empfehlung dar. Als ehemaliger Direktor einer großen Schule würde ich immer dafür plädieren, dass organisierte Kolleginnen und Kollegen in die Schulen gehen, dass sie dort dafür Sorge tragen, dass die Gesamtkonferenz eindeutige Beschlüsse herstellt und dass die Schulkonferenz diese Beschlüsse manifestiert. Erst über diesen Weg stärken wir die Schülerinnen und Schüler, gegen die Berufsoffiziere aktiv zu werden. Die Argumentation mit dem Beutelsbacher Konsens hat sich nämlich primär gegen uns gerichtet und nicht gegen die Offiziere. Er hat in der Konsequenz dazu geführt hat, dass viele Kolleginnen und Kollegen in

den Schulen sagen, wir müssen unabdingbar die verschiedenen Positionen in gleicher Wertigkeit vertreten. Also der Offizier muss eben auch da sein, wenn ein friedensbewegter Kollege spricht.

Frage:

Mich interessiert, ob unter euch jungen Menschen auch die Auswirkungen der ungeheuer hohen Rüstungsausgaben auf ihr Leben gesehen und diskutiert werden. Dieses Geld fehlt uns ja für unser Leben. Wenn Zukunftsängste und Angst vor Armut bestehen, wie wir das gehört haben, muss dieser Zusammenhang ja hergestellt werden.

Leonie:

Das ist auf jeden Fall ein Punkt, über den wir bei unseren regelmäßigen Treffen reden. Es ist klar, dass jeder Cent, der in die Rüstung fließt, in der sozialen Daseinsvorsorge, im Gesundheitssystem und in den Rentenkassen fehlt. Einerseits wird darüber diskutiert, dass das Rentenalter immer weiter angehoben werden soll und dass die Wahrscheinlichkeit für Altersarmut extrem hoch ist, dass man Bürgergeldempfänger:innen sanktionieren muss und andererseits, dass man ein Hunderte Milliarden großes Sondervermögen in die Rüstung hineingibt. Wir sprechen das regelmäßig an, weil sich dieser Umstand auf die Leben der jungen Menschen auswirkt.

Frage:

Wie funktioniert eure Kommunikation? Ich habe vor etwa zwei Wochen auf verschiedenen Internetseiten nach Hinweisen auf den Schulstreik gesucht und nichts gefunden. Ihr solltet die Informationsflüsse innerhalb der Linken transparenter gestalten, um andere, die sich hier engagieren, besser einzubeziehen und so Synergieeffekte zu bekommen.

Mika Malak:

Die Kommunikation zum Schulstreik läuft hauptsächlich über Instagram. Es gibt einen [bundesweiten](#), aber auch einen [Braunschweiger Account](#), der ständig bespielt wird.

Jürgen Reuter:

Dass der Schulstreik am 5.12. durch verschiedene Jugendverbände geplant ist, ist seit Juli bekannt. Das muss natürlich alles erst einmal organisiert werden. Wir kennen das aus unseren Streiks. Man muss schon in die Zukunft projizieren, wie es weitergehen soll. Das hat bei den Besprechungen, an denen ich teilgenommen habe, auch eine Rolle gespielt. Beim letzten Bildungstreik waren hier in Braunschweig am Ende 15.000 Schülerinnen und Schüler unterwegs. Das war 2011. Die Organisation begann aber 2008 und war maßgeblich von der GEW mitorganisiert. Der entsprechende Kollege steigt jetzt auch wieder mit ein, und es wird versucht, seine Erfahrungen mit umzusetzen. Die Zusammenarbeit zwischen den Schüler:innen und den Jugendverbänden und der Gewerkschaft ist wirklich intensiv. Wir haben zwei Verantwortliche aus dem Kreisvorstand benannt, die beide Streikerfahrung haben. Wichtig ist tatsächlich, dass in den Schulen Strukturen entstehen. Wir legen Wert darauf: Gibt es an der Schule ein Streikkomitee? Wie verhält sich die SV dazu? Wie verhält sich der Stadtelternrat dazu? Die müssen alle angesprochen werden. Das tun die Organisator:innen im Moment und versuchen, bis zum 5.12. so viel wie möglich hinzubekommen.

Bei einem Streik müssen wir in erster Linie nach vorne denken und darüber sprechen, was klappt. Dann dürfen wir niemanden zurücklassen. Jeder, der mitstreiken möchte, muss auch eingefangen werden. Das müssen wir organisieren. Die entsprechenden Erfah-

rungen werden im Moment von den Jugendlichen gemacht. In der Aktion ist der Lernprozess unglaublich stark.

Eine weitere Erfahrung aus den Streiks ist, dass der Streik in den Schulen ein Gesicht braucht, zu dem man Vertrauen entwickelt, sonst geht man nicht streiken. Man muss also mutige Kolleginnen und Kollegen finden, die sich auch von Repressionen und Kritik aus den eigenen Reihen nicht entmutigen lassen.

Beitrag:

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, wie elementar es ist, die Kämpfe zusammenzuführen. Deswegen finde ich es wichtig, dass FfF gemeinsam mit dem Streikbündnis zusammengeht, dass die Tarifverhandlungen im TVL mit dem Bündnis zusammengehen und dass man sich gegenseitig Solidaritätsbekundungen gibt. Ich möchte auch noch einmal die Brücke zu den Geflüchteten bauen und darauf hinweisen, dass der Flüchtlingsrat Niedersachsen am 10.12.25 eine große Kundgebung zum Tag der Menschenrechte in Hannover organisiert.

Beitrag:

Ich gehöre zum Friedenszentrum und zur DFG-VK. Wir haben die Beratung zur Kriegsdienstverweigerung aufgebaut. Man findet alle Informationen dazu auf der [Webseite des Friedenszentrums](#). Wir freuen uns über die Unterstützung der GEW und auch des DGB, die uns sehr wichtig ist. Ich denke, wenn es möglich wird, an Schulen zu kommen, wird das Ganze noch wesentlich wichtiger. Im Moment haben wir eine offene Sprechstunde im Friedenszentrum für Jugendliche an jedem ersten Donnerstag im Monat, von 18 Uhr bis 19.30 Uhr.

Beitrag:

Wir haben ja festgestellt, dass es zwischen den Generationen ein Kommunikationsproblem gibt. Und das ist auch in einer technologischen Kluft begründet, nämlich der zwischen den sogenannten Social Media und dem herkömmlichen Internet. Auf den Social Media Plattformen gibt es keine richtigen Texte, die stehen dort auf Grafikkacheln, die von den Suchmaschinen nicht erkannt werden. Wir Älteren kommunizieren über eMails, über Websites. Und ich meine, wir sollten die Kommunikation untereinander verbessern und versuchen, diese technologische Kluft zu überwinden.

Beitrag:

Umgekehrt nutzen junge Leute sicherlich kaum noch Webseiten oder eMails. Diese Sachen sind doch irgendwie out, oder Mika?

Mika Malak:

Ich selbst bin wohl ein „alter junger Mensch“ und schaue mir durchaus Webseiten an. Ich habe auch ein eMail-Programm, das ich allerdings jetzt etwas weniger nutze. Privat habe ich auch keinen Instagram-Account. Ich denke aber schon, dass sich auch junge Leute Webseiten anschauen. Die müssen aber auch ansprechend und modern gestaltet sein. Viele junge Leute werden die Dinge allerdings tatsächlich zuerst auf Instagram oder vergleichbaren Medien sehen. Aber man kann ja von dort auf die Webseiten verweisen. Wenn dann ein Interesse besteht, wird man sich die Webseiten auch anschauen. Umgekehrt sollten sich ältere Leute aber auch ein wenig auf Social Media begeben, um mitzubekommen, was wir so machen. Übrigens gibt es auch eine Webseite zum [Schulstreik gegen die Wehrpflicht](#).

Schlussworte

Mika Malak:

Ich freue mich, dass ich die Gelegenheit hatte, unsere Sache hier vor euch zu vertreten, und wäre dankbar, wenn Ihr helfen würdet, weiter für diesen Streik zu mobilisieren.

Marco Frank:

Das Thema Bündnisse ist ein wichtiger Punkt, aber in der Tat auch einer der schwierigsten. Denn in Parteien, sozialen Bewegungen und Einrichtungen wie unserer ist das immer auch eine Frage von Kapazitäten und Ressourcen. Es ist schön und hilft, auf Veranstaltungen wie dieser zu sehen, dass man gemeinsam kämpft. Das Andere ist, voneinander zu lernen und zu sehen, wie die Themen miteinander verknüpft sind wie z.B. Krieg und Flucht. Der Umgang mit Geflüchteten ist eigentlich ein Experimentierlabor für den allgemeinen Umgang, wie wir das u.a. in Italien gesehen haben. In Deutschland halte ich beispielsweise das Thema Bezahlkarte für prädestiniert, sie auch für SGB II-Empfänger:innen einzuführen. Insofern kann man im Bereich der Geflüchteten anfangen, gemeinsam zu kämpfen und sich zu organisieren.

Leonie Bartsch:

Vielen Dank, dass Ihr alle hier seid und zeigt, dass es wichtig ist, auch in schwierigen Zeiten als Gesellschaft zusammenzuhalten und dass wir uns gemeinsam gegen die Wehrpflicht stellen. Ich möchte auch dazu aufrufen, zum Schulstreik am 5.12. mitzugehen und die Information auf allen möglichen Portalen weiterzugeben.

Jürgen Reuter:

Dann bedanke ich mich beim Podium und bei dem engagierten Plenum.

Zum Abschluss möchte ich noch darauf hinzuweisen, dass in der letzten Woche ein ominöser Friedensvorschlag von Herrn Trump und Herrn Putin international diskutiert wurde, der in Europa auf sehr viel Ablehnung gestoßen ist. Dazu gibt es eine Presseerklärung der Friedensbewegung, die interessant ist, weil dort die Inhalte zu den 28 Punkten genannt sind. Das ist wichtig, wenn wir uns Gedanken zur Beendigung von Kriegen machen, aber auch dazu, wie Kriege durch Prävention verhindert werden können.